

7. Oktober 1964

Sachliche Parlamentsarbeit in Berlin

SPD-Fraktion packt aktuelle Probleme an

G.M., z.Zt. Berlin

Der Streit in den Regierungsparteien geht weiter. Es ist schwer zu erkennen, wie CDU/CSU und FDP bei den anhaltenden internen Auseinandersetzungen und bei dem Mangel einer geschlossenen politischen Konzeption die großen Aufgaben meistern wollen, die vor uns stehen. Sogar in Berlin, wo in dieser Woche fast alle Bundesminister und zahlreiche Parlaments-Ausschüsse des Bundestages anwesend sind, können die Abgeordneten der Regierungsparteien nicht verbergen, daß ihre öffentlichen Stellungnahmen zu diesen oder jenem Problem weniger von der Sache her inspiriert sind, als von dem Bemühen, sich in den letzten Monaten vor der Bundestagswahl einige zugkräftige "Wahlschlager" zu verschaffen.

Verbesserte Steuergesetze - Finanzausgleich -

Schutz vor Gewaltverbrechen

Bei der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion dagegen, die am Dienstagmorgen im Reichstag arbeitete, standen zahlreiche Sachprobleme zur Debatte, deren Lösung jeden Bürger in der Bundesrepublik und in Berlin unmittelbar angeht.

Es war sehr interessant zu beobachten, wie intensiv die Fraktion nach einem von dem SPD-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gegebenen Überblick über die politische Situation und die aktuellen Aufgaben der Sozialdemokratie sofort die Diskussion über Gesetzesvorlagen, Anträge und Anregungen zu zahlreichen noch in dieser Legislaturperiode zu verabschiedenden Gesetzen begann.

Hierbei ging es um eine verbesserte Steuergesetzgebung, um die Probleme des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, um die Straffung und Modernisierung des Strafvollzugs, die Sicherung besonders gefährdeter Berufe vor Gewaltverbrechen und nicht zuletzt um alle jene Fragen, die mit der sozialdemokratischen Forderung nach Aktivierung der Bildungspolitik in Zusammenhang stehen.

In Erwartung des Besuchs der Rentner aus der Zone

Größte Aufmerksamkeit beanspruchten auch jene Probleme, die sich dem ganzen deutschen Volk zur Lösung stellen, wenn in Kürze Hunderttausende von Rentnern aus der Zone in die Bundesrepublik zu Besuch kommen werden. Hier muß noch viel getan werden, um den Marsch,

von denen viele ihre Verwandten vielleicht schon seit Jahren nicht mehr gesehen haben, den Aufenthalt in der Bundesrepublik so sorgenfrei wie nur irgendmöglich zu gestalten. Das alles darf nicht bürokratisch geschehen; es muß von dem Willen zur menschlicher Nachbarschaftshilfe getragen sein. Dabei spielt u.a. auch die Frage eine Rolle, wie der Geldumtausch von Ostmark zu Westmark gehandhabt werden kann, ohne daß die Besucher aus der Zone einen materiellen Verlust erleiden müssen.

Die große Bewährungsprobe

Willy Brandt nannte alle diese noch zu lösenden Aufgaben die "wahrscheinlich größte innerdeutsche mitmenschliche Leistung", die wir a l l e zu vollbringen haben. Er fand den ungeteilten Beifall der Fraktion; als er sagte, die Art, wie man in der Bundesrepublik und in Westberlin den alten Menschen aus der Zone entgegenkomme, werde wohl die große Bewährungsprobe des ganzen deutschen Volkes sein.

Das Passierschein-Abkommen

Niemand würde es verstehen, wenn sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion nicht an Ort und Stelle auch über die Handhabung des zweiten Passierschein-Abkommens für den Besuch der Westberliner in Ostberlin informiert hätte. Zahlreiche Bundestagsabgeordnete der SPD benutzten die Gelegenheit ihres Aufenthaltes in Berlin, um den organisatorischen Ablauf des Antragsverfahrens zu beobachten, und viele von ihnen konnten in Gesprächen mit Antragstellern feststellen, wie groß die Befriedigung der Berliner Bevölkerung ist, daß dieses zweite Passierscheinabkommen nach mühevollen Verhandlungen abgeschlossen wurde.

Brandt: "Bis an die Grenze der Selbstverleugnung"

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir hier einige Bemerkungen von Willy Brandt wiedergeben, die er im Zusammenhang mit der Darstellung des Zustandekommens der zweiten Passierscheinvereinbarung vor der Bundestagsfraktion der SED machte. Willy Brandt sagte, so sehr er sich über das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen freue, so wenig dürfe er vorschweigen, daß er während der letzten Wochen und Monate mehrfach bis an die Grenze der Selbstverleugnung gegangen sei, als er feststellen mußte, wie groß die Gefahr für das Scheitern der Verhandlungen werde, wenn es nicht gelänge, einen Streit unter den Regierungsparteien zu vermeiden. Er habe sich in dieser Zeit immer wieder gesagt, es käme darauf an, den Menschen zu helfen und nicht auf die Beantwortung der Frage, wer etwas mehr oder weniger "Recht" habe.

Heute sei er froh darüber, daß er sich so verhalten habe, fügte Willy Brandt hinzu und schloß in diese Bemerkung auch das erste Passierschein-Abkommen vom vergangenen Jahr mit ein.

"Wenn wir den ersten Schritt seinerzeit nicht getan hätten, wäre auch der zweite Schritt nicht möglich gewesen. Ausserdem hätten wir heute nicht von der Hoffnung sprechen können, daß auch bald ein dritter Schritt zur Erleichterung des Schicksals der Menschen im geteilten Deutschland getan werde."

Seehoß war der Erste

Im Parlamentarischen Rat hat er die Initiative zur
Abschaffung der Todesstrafe ergriffen

H.B. - Dr. Hans-Christoph Seehoß, CDU-Abgeordneter und seit 1949 Bundesminister für Verkehr, hat in den Ruf seines Parteivorsitzenden und langjährigen Bundeskanzler, die Abschaffung der Todesstrafe nach Artikel 102 GG wieder aufzuheben, nicht lautlos eingestimmt, sondern erklärt, das Thema müsse nicht nur aus Anlaß des jüngsten Taximordes diskutiert, sondern vielmehr vom allgemein menschlichen, christlichen und sittlichen Gesichtspunkt aus betrachtet werden.

Viele mögen sich wundern, daß gerade dieser Minister sich so zurückhaltend äußerte und sich nicht scheute, den Finger auf die wirkliche Wunde zu legen: auf die mangelnde Sicherheit in Taxis und Mietwagen.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die Väter des Grundgesetzes und damit auch des kürzesten Verfassungsartikels, "Die Todesstrafe ist abgeschafft", wissen aber, daß Hans-Christoph Seehoß nicht erst seit gestern ein Gegner der Todesstrafe ist: Er war es nämlich, der mit seinen DP-Kollegen im Parlamentarischen Rat den ersten Vorstoß für die Abschaffung der Todesstrafe einbrachte und begründete. In der von Seehoß im Dezember 1948 eingebrachten Drucksache FR 398/DP-Antrag Nr. 4 verlangten die beiden Vertreter der Deutschen Partei einen Verfassungsartikel mit folgendem Wortlaut: "Das keimende Leben wird geschützt. Körper- und Leibesstrafen sind verboten. Die Todesstrafe wird abgeschafft." In erster Lesung wurde der DP-Antrag zwar mit 6 : 9 Stimmen abgelehnt, aber in dritter Lesung fand der vom SPD-Abgeordneten Friedrich Wilhelm Wagner (heute Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts) formulierte Antrag "Die Todesstrafe ist abgeschafft", eine Mehrheit von 15 : 4 Stimmen. Dr. Seehoß stimmte diesem Verfassungsartikel nicht nur zu, sondern erinnerte ausdrücklich daran, daß er den ersten Vorstoß unternommen und die erste Begründung für die Abschaffung der Todesstrafe im Parlamentarischen Rat gegeben habe...

Dr. Seehoß ist auch später bei seiner Meinung geblieben, etwa 1952, als Abgeordneter seiner damaligen Partei, der DP, als diese den Versuch unternahm, den Artikel 102 GG zu beseitigen. Als einziger DP-Abgeordneter stimmte er mit Nein, auch bei dem weiteren Versuch der Bayern-Partei, die Todesstrafe wieder bei Mord und Menschenraub einzuführen.

Wer jene Debatten in den amtlichen Sitzungsprotokollen nachliest, wird aber vergebens versuchen, in der Liste der beiden namentlichen Abstimmungen festzustellen, wie Kanzler Adenauer und sein damaliger Wirtschaftsminister Erhard stimmten: Sie haben sich nämlich weder dafür, noch dagegen ausgesprochen, sich aber auch nicht der Stimme enthalten. Vielmehr haben es Adenauer und Erhard vorgezogen (weil die Stimmung quer durch alle Koalitionsfraktionen ging), sich an den beiden namentlichen Abstimmungen gar nicht zu beteiligen...

Wird Pétain rehabilitiert ?

Politischer Kampf um Gebeine

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit Francois Mauriac Anfang Oktober im "Figaro Littéraire" die Rehabilitierung des Marschalls Pétain verlangt, ist die Debatte um den als Hoch- und Landesverräter verurteilten "Chef de l'Etat Francais" (1940 - 44) in aller Öffentlichkeit entbrannt. Philippe Pétain starb als 95-jähriger 1951 auf der Insel Yeu, nachdem er zum Unterschied von seinem Ministerpräsidenten Pierre Laval und zahlreichen anderen Kollaborateuren der Hinrichtung entgehen konnte und zu lebenslanger Verbannung verurteilt worden war.

Die alte Kohorte der "Pétainisten" hat sich seither ohne Unterlaß für die Rehabilitierung des Marschalls eingesetzt, den sie als "Sieger von Verdun" verherrlicht, obwohl die Geschichtsforschung über die Rolle Pétains im ersten Weltkrieg verschiedener Meinung ist.

De Gaulle und Pétain

Vor allem aber behaupten sie, Pétain habe mit Hitler nur "kollaboriert", um Frankreich vor Schlimmerem zu bewahren. Manche Franzosen gehen so weit, daß sie sogar von einer bewußten oder unbewußten "Arbeitsteilung" zwischen de Gaulle und Pétain während des zweiten Weltkrieges sprechen; der eine habe auf Seiten der Alliierten, der andere auf Seiten der Achse versucht, die französische Substanz soweit als möglich zu retten. Diese Kreise erstreben eine Überbrückung des historischen Gegensatzes zwischen Gaullisten und Pétainisten, eine Aussöhnung zwanzig Jahre nach Kriegsende.

Daß gerade Mauriac heute in diesem Sinn auftritt, ist nicht überraschend. Man darf nicht vergessen, daß er selbst eine Zeitlang von Pétain begeistert war, ehe er sich für de Gaulle entschied. Schließlich entstammen de Gaulle und Pétain der gleichen Armee, der gleichen Kaste und geistigen Familie. De Gaulle hat sogar Pétain, Pate seines Sohnes zu sein, den er Philippe taufte.

Rehabilitierung...

Die Anhänger einer Aussöhnung entdecken heute, daß de Gaulle als Chef der Provisorischen Regierung nach dem zweiten Weltkrieg die "Epuration" (Reinigung), d.h. die Liquidierung der pétainistischen Kollaborateure gebremst habe und daß er faktisch auch dem greisen Marschall das Leben gerettet habe, indem er ihn nicht zum Tode verurteilen und hinrichten, sondern nur verbannen ließ. Zweifellos spielten de Gaulle und die Gaullisten in der damaligen Widerstandsfront mit den Kommunisten eine relativ mäßige Rolle. Immerhin ging man in jenen Tagen und Monaten nicht mit Glacéhandschuhen vor. Die Reinigungsweile kostete zahlreiche Menschenleben.

7. Oktober 1964

... oder Revanche ?

Die Pétainisten haben das nicht vergessen. Was sie fordern, ist keine bloße Rehabilitierung, sondern Revanche. Ihre erste Forderung ist gewiß die Überführung der sterblichen Überreste Pétains zum Ehrenmal nach Douaumont auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkrieges. Das ist für sie aber nur ein erster Schritt. Sie verlangen die Revision des Pétain-Prozesses.

Was sie erreichen wollen, ist vor allem eine entscheidende politische Abrechnung der alten Rechtsopposition mit de Gaulle und den Gaullisten. Das ist der Sinn des dieser Tage erschienenen Buches von Jaques Isorni, ehemaliger Rechtsanwalt Pétains: "Pétain a sauvé la France" (Pétain hat Frankreich gerettet). Dies ist auch der Sinn der Kampagne eines anderen pétainistischen Anwalts, des rechtsoppositionellen Präsidentschaftskandidaten Tixier-Vignancour.

Die Namen dieser beiden alten "Pétainisten" sind uns aus letzter Zeit hauptsächlich aus den OAS-Prozessen bekannt. Zur alten Rechtsopposition der Kollaborateure gesellte sich bekanntlich in den letzten Jahren des Algerienkrieges die jüngere Rechtsopposition der CAS.

Zwei Rechtsoppositionen

Die beiden Fraktionen sind sich in vielen Punkten einig, obwohl sie doch ein wesentlicher Gegensatz trennt: die Pétainisten rechtfertigen heute noch die Zusammenarbeit mit Hitler und somit vom französischen Standpunkt aus den Landesverrat. Die OAS hingegen, und insbesondere ihr geistiger Chef Georges Bidault werfen de Gaulle gerade vor, ein "zweiter Pétain" zu sein, nämlich ein Stück Frankreich - Algerien - "verkauft und verraten" zu haben und mit den Todfeinden der Nation zu "kollaborieren". Es fehlt auch nicht die Parallele der persönlichen Laufbahn: de Gaulle wie Pétain war vom Standpunkt eines Bidaults aus ursprünglich ein hervorragender vaterlandstreuer Offizier und Militärführer, ehe er als Staatschef "versagte".

Man fragt sich also, wie weit die Neofaschisten der CAS unter der Führung von Georges Bidault, der seinerzeit tatsächlich Präsident der französischen Widerstandsbewegung war, sich heute der Forderung nach Rehabilitierung Pétains anschließen können. Wahrscheinlich kommt es ihnen aber auf solche intellektuelle Nuancen weniger an, als auf die Schwächung des gaullistischen Regimes, im Glauben oder Aberglauben wieder zum Zug zu kommen.

Ein Härendienst

Interessanterweise wird die ganze Rehabilitierungskampagne in einem Augenblick vom Stapel gelassen, in dem de Gaulle seine längste Auslandsreise unternimmt. Wie wird er darauf reagieren? Bis jetzt hat er eine Überführung des Pétain-Sarges mehrmals entschieden abgelehnt. Wäre es denkbar, daß er im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr nachgibt, um Stimmen zu gewinnen?

Das ist höchst unwahrscheinlich und widerspricht durchaus dem Wesen de Gaulles, ganz abgesehen davon, daß die Pétainisten sich ja damit nicht zufrieden geben und es nur als Auftakt für eine Wieder-

aufrollung des Prozesses, d.h. für eine gründliche politische Revanche, betrachten würden:

Hinzu kommt, daß de Gaulle durch entscheidende Konzessionen an die Pétainisten die Bindungen und Verbindungen zu seinen ehemaligen Kampfgenossen der Widerstandszeit, insbesondere auch zu den französischen Kommunisten, ernstlich erschüttern und vielleicht endgültig zerschneiden müßte. Das ist offensichtlich nicht seine Absicht.

Solange nur die konservative Rechtsopposition auf "Wiedergutmachung" drängte, konnte de Gaulle schweigend darüber hinweggehen. Nun zwingt Mauriac, der "Hofdichter" des gaullistischen Regimes, ausgerechnet im doppelten Jubiläumjahr (1914 - 1944) den General zu einer Stellungnahme. Er hat damit dem französischen Staatspräsidenten einen schlechten Dienst erwiesen.

+ + +

Bayerne Nationalisten

Seltene Parallelen zwischen Bayernkurier und Nationalzeitung
von Dr. Günther Müller

Als vor wenigen Wochen Bundeskanzler Erhard vor den Gefahren eines neuen Nationalismus in Bayern warnte, entstanden Spekulationen, wer wohl damit gemeint sein könne. Die sich betroffen fühlende CSU wurde schließlich damit getröstet, daß der Bundeskanzler nicht sie, sondern die in München erscheinende "National-Zeitung" als die Ursache seiner mahnenden Äußerungen angab. Daß sich die bayerische CSU jedoch nicht zu Unrecht betroffen fühlte, kann man bei einem aufmerksamen vergleichenden Studium des von Franz Josef Strauß herausgegebenen "Bayernkurier" und der "National-Zeitung" leicht feststellen.

In beiden Blättern hat man etwas gegen die Wiedergutmachung und gegen Entspannungspolitik. Zitate aus den Zeitungen ohne Quellenangabe könnte man schwer richtig einordnen. Wer würde den Satz: "Sie (die französische Armee) macht die Bewältigung der Vergangenheit nicht zu einem verquälten Problem" oder die Feststellung, "daß die Monopolpresse zur Kapitulation blase", nicht eher in einem Blatt wie der "National-Zeitung" vermuten, als in dem vom Vorsitzenden einer großen demokratischen Partei herausgegebenen "Bayernkurier"?

Gelegentlich entsteht sogar der Eindruck, als ob die Mitarbeiter beider Zeitungen identisch seien. Die Berichte über die Fugwash-Konferenz in Karlsbad in den beiden Ausgaben vom 3. Oktober haben nicht nur in den Überschriften gleiche Formulierungen. Kein Wunder, daß bei einem solchen Gleichklang Versammlungen des National-Zeitung-Herausgebers Dr. Gerhard Frey von der CSU-Prominenz besucht werden. In Ingolstadt lauschten CSU-Stadtrat Dr. Klement und CSU-MdB Weinzierl der Bekenntnissen Dr. Freys, der seinen Sieg über die Verzichtspolitik ankündigte und seine Rede mit "Deutschland, Deutschland über alles" beendete.

+ + +